



Gemeinderatssitzung vom 16. November 2022

Zusammenfassung der wichtigsten Tagesordnungspunkte. Die vollständige Niederschrift liegt im Rathaus auf und kann bei Interesse eingesehen werden.

Pkt. 2 Bericht der Bürgermeisterin über die umgesetzten Maßnahmen seit der letzten Gemeinderatssitzung und über die Vorhaben der nächsten Zeit.

- **Innenstadtgestaltung – aktueller Stand**

Es hat in den letzten Tagen Gesprächstermine mit den Planern DI Michalek und DI Panzenböck gegeben, diese haben die Vorschläge aus dem Bürgerbeteiligungsverfahren gesammelt, gesichtet und nach Möglichkeit in die weitere Gestaltung einbezogen. Dies haben sie bei diesem Termin präsentiert und es wurde vereinbart, dass noch vor Weihnachten allen Gemeinderäten diese Pläne auch vorgestellt werden.

- **Areal Michael Koch-Straße**

Hier gab es einen Termin mit dem Raumplanungsbüro A.I.R., in dem noch einmal über die Gebäudehöhen und die Bebauungsdichte gesprochen und ein möglicher Bebauungsplan für die zwei Baufelder vorgeschlagen wurde.

- **Wulkabrücke in Walbersdorf**

Die Radwegebrücke über die Wulka bei der B 50 ist fertiggestellt. Die Asphaltierungsarbeiten für den Verbindungsradweg können aber erst im Frühjahr stattfinden. Die Asphaltwerke sind ausgelastet.

- **Hangwasserschutzmaßnahmen bei den Tilläckern**

Die ersten Schutzmaßnahmen wurden durch die Errichtung eines Gehsteiges in der Theodor Körner-Straße und der damit einhergehenden Wasserführung bereits getroffen, dabei wurde auch gleich die Straßenbeleuchtung errichtet und Teile der Straße asphaltiert. Das erste der vier geplanten Teilprojekte zum Hangwasserschutz in der Mühlgasse kann demnächst umgesetzt werden, die Gespräche mit den betroffenen Grundstückseigentümern waren erfolgreich und in der nächsten Gemeinderatssitzung können wir die Verträge beschließen. Nachfolgend werden die Gespräche mit den Grundstückseigentümern im Mühlgraben und bei den Tilläckern beginnen.

- **Archäologische Grabungen**

Die Ausgrabungen bei der archäologischen Vorbehaltsfläche neben der Fußballakademie wurden fortgesetzt. Es gibt viele Funde aus der Zeit zwischen Neolithikum und frühem Mittelalter.

- **Rechnungsabschluss für das Haushaltsjahr 2021**

Der Rechnungsabschluss für 2021 wurde von der Aufsichtsbehörde zur Kenntnis genommen. Dabei wurde die finanzielle Lage der Stadtgemeinde als gut und stabil erachtet.

Pkt. 3 Fragestunde

a) Gemeinderat Peter Pregl: Findet heuer ein Faschingsumzug statt und welches Motto ist vorgesehen?

Bürgermeisterin Claudia Schlager antwortet zuerst grundsätzlich über die Planung von Veranstaltungen im Jahr 2022 durch die neuen Mitarbeiter der Stabstelle Kommunikation und Marketing im Rathaus. Sie berichtet auch von den begonnenen Planungen für 2023 zu der auch eine Veranstaltung am Faschingsdienstag gehören wird. Ob dies ein Umzug oder eine andere Form einer Veranstaltung sein wird, kann aber noch nicht gesagt werden, weil ja auch mit den Vereinen über eine Teilnahme gesprochen werden muss. Es gibt aber jedenfalls einen Faschingsumzug vom Jugendclub in Walbersdorf.

d) Gemeinderat Peter Pregl erkundigt sich neuerlich an die Vorsorge Maßnahmen für einen möglichen Blackout.

Bürgermeisterin Claudia Schlager berichtet von einem geplanten Vortrag nächste Woche in Pöttelsdorf zu diesem Thema, der derzeit wieder laufenden Überarbeitung des Katastrophenschutzplanes der Stadtgemeinde und den Gesprächen mit den beiden Feuerwehren, sie werde zur gegebenen Zeit auch ein Konzept vorlegen.

Zu diesem Katastrophenschutzplan erkundigt sich auch Gemeinderätin Mag. Elisabeth Mendoza Vasquez, diese Frage beantwortet Amtsleiter Karl Aufner.

e) Gemeinderat Peter Pregl erkundigt sich nach der fehlenden Sanierung der Spielplätze, obwohl dies mit dem Budget beschlossen wurden ist?

Bürgermeisterin Claudia Schlager stellt dazu fest, dass sie diese Frage jetzt nicht beantworten kann. Fest steht aber, dass ab 2023 jedes Jahr ein Spielplatz gestaltet und saniert werden soll, es können hier auch wieder die Kinder und Jugendlichen mit Gestaltungsvorschlägen, wie beim Spielplatz im Europapark, eingebunden werden.

i) Gemeinderätin Mag. Elisabeth Mendoza Vasquez stellt fest, dass sie beim Vorbeifahren des MABU beobachten kann, dass er leer fahre. Ergänzend stellt sie fest, dass der MABU mit den Fahrplanzeiten der Bahn nicht harmonisiert sei.

Bürgermeisterin Claudia Schlager antwortet darauf, dass es diesbezüglich schon Gespräche mit dem Verkehrsplaner Roman Michalek und der Fa. Blaguss gibt.

Es werden keine weiteren Anfragen gestellt.

Pkt. 27 Hochwasserschutz Walbersdorf – Errichtung eines Regenrückhaltebeckens – Vereinbarung mit einer Grundstücksbesitzerin und der Gemeinde Marz – Abschluss von Optionsverträgen – Beschlussfassung dazu

Bürgermeisterin Claudia Schlager blickt auf die lange bisherige Verfahrensdauer bei diesem Projekt zurück und erinnert auch an die vergangenen Beratungen im Gemeinderat zu diesem Thema.

Sie zeigt sich erfreut über die Verhandlungen in den letzten Wochen und bringt dem Gemeinderat die Ergebnisse anhand der vorliegenden Aktenvermerkte zur Kenntnis. Wenn alle notwendigen Bescheide für die Umsetzung des Hochwasserschutzprojektes für den Ortsteil Walbersdorf vorliegen, sollen die Originalverträge neuerlich im Gemeinderat beschlossen und anschließend grundbücherlich sichergestellt werden.

Bürgermeisterin Schlager bringt dem Gemeinderat den Inhalt der Vereinbarungen zur Kenntnis und stellt abschließend den Antrag alle Vereinbarungen im Sinne des Hochwasserschutzprojektes auch zu genehmigen.

Der Gemeinderat fasst über den Antrag von Bürgermeisterin Claudia Schlager einstimmig den Beschluss, dass die Optionsvereinbarungen umgesetzt werden, wenn die für das „Hochwasserschutzprojekt Regenrückhaltebecken Walbersdorf“ notwendigen Bescheide der Behörden in Rechtskraft erwachsen sind. Die Bürgermeisterin wird beauftragt, dieses Projekt raschest abzuschließen und die im Anschluss daran zu erstellenden Kaufverträge und Vereinbarungen im Original dem Gemeinderat zur Beschlussfassung vorzulegen.

Pkt. 28 Radel-Hahn Klimatechnik GmbH., Mattersburg, Wienerstraße 22 – 50-jähriges Firmenjubiläum – Verleihung des Gemeindewappens – Beschlussfassung

Bürgermeisterin Claudia Schlager berichtet, dass eines der wichtigen Unternehmen und großer Arbeitgeber der Stadtgemeinde – die Firma Rade-Hahn Klimatechnik GmbH vor kurzem das 50-jährige Firmenjubiläum gefeiert hat. Der zeitliche Ablauf dieser Firmenfeier und auch der Termin der Gemeinderatswahl haben eine Beschlussfassung bisher nicht möglich gemacht. Nach Rücksprache mit der Geschäftsführerin der Firma, Frau Andrea Radel-Hahn, sehe sie die nachträgliche Verleihung als große Auszeichnung und freue sich darauf.

Nach Zustimmung der Vertreter der anderen Fraktionen fasst der Gemeinderat über den Antrag der Bürgermeisterin Claudia Schlager einstimmig den Beschluss, dass der Firma Radel-Hahn Klimatechnik Ges.m.b.H., Mattersburg, Wienerstraße 22, die Führung des Gemeindewappens in Form der Verwendung als Kopf-Aufdruck auf den persönlich adressierten Brief- und Geschäftspapieren gegen jederzeitigen Widerruf gestattet wird.

Pkt. 31 Resolution – Energiekosten und Baukosten explodieren – Finanzkollaps der Gemeinden verhindern – Beschlussfassung

Dazu nimmt Gemeinderat Ing. Thomas Szlavich grundsätzlich Stellung und stellt die vorliegende Resolution vor.

Der sozialdemokratische Gemeindevertreterverband hat eine Resolution ausgearbeitet, die an die Bundesregierung und an den Nationalrat gerichtet werden soll und sich mit dem Thema der Teuerung und der Energiepreise und den Auswirkungen auf die Gemeinden beschäftigt. Durch die derzeitige Teuerungswelle droht den Gemeinden und Städten der finanzielle Kollaps, die Daseinsvorsorge ist dadurch in Gefahr, es droht auch eine Verteuerung der Preise für die Wasserversorgung und der Müllentsorgung. Auch die Verteuerung der Energiepreise für die Straßenbeleuchtung in Mattersburg auf das drei- bis vierfache wird sich spürbar bemerkbar machen. Diese Aufrechterhaltung der kommunalen Infrastruktur, wie zum Beispiel bei uns der Eislaufplatz, ist gefährdet.

Es soll selbstverständlich überprüft werden, wo Energie eingespart werden kann, dies wird aber nicht ausreichen, die freie Finanzspitze wird enorm schrumpfen und somit ist die Finanzierung vieler Projekte gefährdet.

Daher werden kurzfristige Geldmittel ohne Kofinanzierungsauflagen für die Gemeinden und zusätzlich die Entkoppelung des Strompreises vom Gaspreis mit der Einführung eines Gaspreisdeckels gefordert. Es wird auch notwendig sein, die Fördermittel für den Ausbau der erneuerbaren Energie massiv zu erhöhen.

Stadtrat Thomas Haffer hält dazu fest, dass die Teuerung uns vor massive Herausforderungen stellt. Hier ist jede politische Ebene gefordert aktiv zu werden. Die Bundesregierung hat erst vor wenigen Tagen eine neuerliche Gemeindemilliarde gemeinsam mit Städte- und Gemeindebund präsentiert. Damit sollen die österreichischen Gemeinden und Städte und damit auch Mattersburg unterstützt und vor finanziellen, krisenbedingten Einbußen geschützt werden. Die Kriterien für diese Mittel sind so offen und großzügig wie möglich definiert, um den vielfältigen Herausforderungen der Gemeinden bestmöglich zu entsprechen. Neben dieser bereits erfolgten Unterstützung vom Bund soll die Burgenländische Landesregierung ihre verfassungsrechtliche Verantwortung für die Gemeinden wahrnehmen und tätig werden und beispielsweise auf einen Teil der Landesumlage bei den Ertragsanteilen im kommenden Jahr verzichten, um direkt die Gemeinden zu unterstützen. Dazu soll der burgenländische Landtag befasst werden und die notwendigen Schritte in die Wege leiten.

Stadtrat Haffer stellt abschließend dazu einen ergänzenden Abänderungsantrag, der die bestehende Resolution erweitern soll.

Nach kurzer Diskussion fasst der Gemeinderat über den Antrag des Gemeinderates Ing. Thomas Szlavich mit der Ergänzung des Abänderungsantrages des Stadtrates Thomas Haffer einstimmig den Beschluss Energiekosten und Baukosten explodieren – Finanzkollaps der Gemeinden verhindern.

Die Bundesregierung wird zu folgenden Punkten aufgerufen:

- Die Städte und Gemeinden brauchen jetzt kurzfristige Hilfen, ohne Kofinanzierungsauflagen für die Kommunen. Die Regierung muss ein Hilfspaket schnüren, damit die

energiepreise bewältigt werden können und die soziale Infrastruktur aufrechterhalten sowie eine überdurchschnittliche Gebührenerhöhung für die Ver- und Entsorgungsleistungen abgewendet werden kann.

- Entkoppelung des Strom- vom Gaspreis.
- Einführung eines Gaspreisdeckels, damit die Energiepreise endlich wieder sinken.
- Eine Sensibilisierungskampagne in den Städten und Gemeinden, damit dort, wo es sinnvoll ist, Energie eingespart wird, ohne das soziale und gesellschaftliche Zusammenleben in den Kommunen zu gefährden.
- Massive Erhöhung der Fördermittel zum Ausbau erneuerbarer Energie für thermische Sanierungen und wesentlich raschere Genehmigungsverfahren für erneuerbare Energieanlagen.
- Voller Einsatz auf europäischer Ebene für eine umfassende Lösung des Energieproblems.

Zusätzlich wird die Burgenländische Landesregierung zu folgenden Punkten aufgerufen:

- Das Land Burgenland ist zu 51% an der Burgenland Energie AG beteiligt. Die Burgenland Energie AG soll in einem ersten Schritt die Strompreise senken, auch wenn damit eben weniger Dividende an das Land geht.
- Auf einen Teil der Landesumlage für das kommende Jahr zu verzichten und so direkt Geld an die Gemeinden zurückgeben.

Pkt. 32 Allfälliges

b) Gemeinderätin Mag. Elisabeth Mendoza Vasquez erkundigt sich in Hinblick auf die vorher diskutierten Auswirkungen der Energiepreisteuerung nach der möglichen Realisierung der zwei anstehenden Großprojekte – Innenstadterneuerung und Ausbau der M. Koch-Straße. Hierzu hält Bürgermeisterin Claudia Schlager fest, dass man sich diese Auswirkungen natürlich genau anschauen muss, Furcht sei aber nicht notwendig. Beim Projekt in der M. Koch-Straße ist nicht die Stadtgemeinde der Hauptverantwortliche, der Eigentümer ist hier gefordert, die Verhandlungen laufen aber positiv, die Stadtgemeinde kann mitgestalten. Bei der Innenstadtsanierung ist auch festzuhalten, dass dieses Projekt ja auch nicht in einem Jahr umgesetzt werden kann, daher ist die Umsetzbarkeit jährlich zu prüfen.